

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau- u. Dachdeckerbetrieben, in der Schiefer-, u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöplerereien und Glasereien, in Puger- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonntags. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeb.). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Monats Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 17 0309/10/11/12/13/14/15/16/17/18/19/20/21/22/23/24/25/26/27/28/29/30/31/32/33/34/35/36/37/38/39/40/41/42/43/44/45/46/47/48/49/50/51/52/53/54/55/56/57/58/59/60/61/62/63/64/65/66/67/68/69/70/71/72/73/74/75/76/77/78/79/80/81/82/83/84/85/86/87/88/89/90/91/92/93/94/95/96/97/98/99/100

Verantwortl. Red.: Hans der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin SW 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentralf. Geschäftsverteilung nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Bundesmitglieder als Opfer der Sonderjustiz.

Seit Monaten ist die Sonderjustiz am Werk. Sie zeichnet sich von der „gewöhnlichen“ Justiz dadurch aus, daß ihr von den Männern, die da glauben, „die Macht und den Willen“ zu haben, das Volk gegen seinen Willen zu regieren, eine Gewalt verleiht worden ist, die in der Mehrzahl aller Anwendungsfälle mit voller Strenge vor allem gegen Angehörige von Linksorganisationen angewendet wird.

Eine der markantesten Fälle haben wir bereits in Nr. 39 des „Grundstein“ notiert. Inzwischen sind auch an anderen Orten harte Urteile gefällt worden. Die Tagespresse verfügt nicht über den genügenden Raum, um über sämtliche Fälle eingehend berichten zu können. Auch wir müssen uns angelegentlich des beschränkten Raumes in dem — noch dazu nur einmal wöchentlich erscheinenden — mit einem kurzen Gesamtdarstellung und mit einem Kollektivruf für alle Opfer der Sonderjustiz begnügen, die sich im Kampf um Recht und Freiheit des arbeitenden Volkes in den Paragraphenfallen der Justiz verstrickten. Auch aller derer sei gedacht, die dem Terror der Feinde der Arbeiterbewegung zum Opfer fielen; leicht oder schwer verlehrt, wenn nicht gar tödlich getroffen in den Staub sanken. Die organisierte Arbeiterschaft wird sich ihrer würdig erweisen, sie wird weiter kämpfen im Sinne der Gesellen!

Die gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter haben auch stets in den politischen Kämpfen ihren Mann gestanden. Das findet seine Bestätigung in den mannigfachen Anklagen, die die Staatsanwaltschaft gegen Freiheitskämpfer auch aus unseren Reihen erhoben hat. Wir können und wollen keine Verurteilungen aufmachen, in der der Name jedes einzelnen aufgeführt wird, so sehr es jeder von ihnen auch verdient hätte, ehrenvoll aufgerufen zu werden. Die Kämpfer der Eisernen Front sind gewohnt, als die unbekanntesten Soldaten der Freiheitsarmee ihre Pflicht und nichts als ihre Pflicht zu tun, ohne dafür äußerlich ausgezeichnet zu werden. Wenn wir von dieser schönen Leistung einmal absehen, so nur dann, um nicht in einem besonders markanten Fall die Größe des Opfers, seine Tragik nicht unnötig oder gar zum Schaden des Betroffenen in den Hintergrund zu drängen.

Die Quillone.

Es ist bekannt, daß Sondergerichte selbst für die simpelsten Holzereien harte Strafen ausprechen, vor allem, wenn es sich bei dem „Mann, der die Ohrfeigen bekam“, um einen Nazi handelt und der Angeklagte ein Angehöriger der Eisernen Front ist. Den Nazis werden selber gebührend mandal die lächerlichsten Zusprüche erteilt. Ein hannerkameraden und Eisernen Front-Mann nichts. Ein Kollege in Hannover, der einem Nazi „einige runtergehauen“ hatte, soll dafür einen Monat drammen. Ein anderer, der sich an einer Schlägerei beteiligt haben soll, bei der ein Reichsbannermann getötet wurde und die Nazis „selbstverständlich“ die größten Injuriestücker der Welt waren, sitzt seit langem in Untersuchungshaft. — Nicht weniger als sechs Monate Gefängnis bekam unser Kollege Paul Krieger in Dessau, der in der Erregung über den seligen Nazimord an dem Führer der Dessauer Schönfärberei des Reichsbanners Wilhelm Feuerherd einem Nazi eine Backpfeife verabreichte. In der ersten Instanz hatte man ihm sogar zehn Monate aufgeschickt. — Eine 200 Mann starke SA-Abteilung überfiel in Hagendorf i. Mecklbg. einen 36 Mann starken Saalclub des Reichsbanners. Die sich in der Minderheit befindende Reichsbannerabteilung beging das „Verbrechen“, sich mittels Säcken zur Wehr zu setzen. Dafür bekamen u. a. drei Mitglieder unseres Bundes „wegen Schlägerei“, obwohl in Mecklenburg das Stockverbot seit drei Wochen a. d. diesem Naziüberfall erlassen worden war, je drei Monate Gefängnis. Aber in „Land eines“ ließ man Gnade vor Recht ergehen. Dorschlägling begnadigte einen der Sünder, den zwei anderen auferlegte er drei Jahre Bewährungsstrafe. Die angegriffenen Nazis, die ebenfalls angeklagt waren, wurden freigesprochen. „Selbstverständlich“ wurde der Verlierer freigesetzt.

Ein Zusammenstoß von Mitgliedern der Eisernen Front mit Nazis, die sich in Lippheide Polizeigewalt anmaßten hatten, brachte drei Kollegen, langjährigen Mitgliedern unseres Bundes, wegen Landfriedensbruchs acht, sieben und

sechs Monate Gefängnis ein. Vier andere Leidensgenossen erlitten dasselbe Schicksal. In Altkarlsruhe erhielt ein Kollege vier Monate Gefängnis. — In Güttersloh bei Bielefeld inszenierten die Nazis eine Rauferei, bei der ein Reichsbannerkamerad so schwer verlehrt wurde, daß er einige Tage später verstarb. Angreifer waren ohne Zweifel die Nazis. Sie kamen auch auf die Anklagebank. Doch die rächende Nemesis hatten nicht genug an den wirklichen Schuldigen. Deshalb wurden noch am letzten Verhandlungstag im Nachtragsverfahren acht Zeugen, Angehörige der Eisernen Front, zu Angeklagten gemacht. Trotzdem nachgemessenermaßen diese postnumerando Angeklagten ausgerechnet waren und so auf die denkbar einseitigste Weise ihre Abneigung gegen jeden Raufhandel bekundet hatten, wurden sechs von ihnen verurteilt. Allen wegen unbefugten Waffenbesitzes wurde ein Mitglied unseres Bundes zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer erhielt sechs Wochen Gefängnis. — Mit noch weiteren elf Reichsbannerkameraden in Grotzenhain wurde ein Kollege wegen schweren Landfriedensbruchs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Worin bestand der Landfriedensbruch? Nazis hatten das dortige Werkerschaftsheim überfallen, wobei unser Kollege so schwere Verletzungen davontrug, daß er sechs Wochen im Krankenhaus zubringen mußte. Für jede Woche Krankenhausaufenthalt diktierte ihm dann das Gericht einen Monat Gefängnis zu. — Bei einem Anmarsch des Reichsbanners in der gleichen Stadt griffen die Nazis an. Weil sich die Angegriffenen zur Wehr setzten, kamen sie vor den Nazi, wo eines unserer Mitglieder ebenfalls wegen „schweren Landfriedensbruchs“ sechs Monate Gefängnis zuerkannt erhielt. — Ein Mitglied unserer Köpfertruppe, jetzt Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung in Hirschberg i. Schl. Ludwig Schlenker, verlor zur Zeit einen ihm durch zwei Sondergerichtsurteile aufgeschwungenen Erholungsurlaub in Staatspension von insgesamt neun Monaten. — Von zwei Kollegen in Halle a. S., die den Landfrieden gebrochen haben sollen, erhielt einer acht Monate, der andere ein Jahr Gefängnis. Bemerkenswert ist noch, daß das Urteil über den Antrag des Staatsanwalts zu weit hinausging. Der Landgerichtsdirektor hat der Meinung, „den dauernden Terroraktionen gegen die Nazis durch strenge Strafen abzuwehren“. Vom selben Gericht wurde gegen den Landeshauptmann in einem anderen Prozeß ein Kollege wegen „schweren Landfriedensbruchs“ auf 1 1/2 Jahr ins Gefängnis geschickt. — Anhänger der Eisernen Front in Halle a. S. wollten es sich absolut nicht gefallen lassen, daß die Nazis ihre Plakate abstrichen. Es gab Anrempelungen und schließlich eine Schlägerei. Von zweien unserer Mitglieder erhielt einer ein Jahr Gefängnis, ein anderer sieben Monate. — In Lychen erfolgte es für vier Kollegen aus Anlaß einer Schlägerei einmal zehn Monate, zweimal vier Monate und einmal drei Monate mit teilweiser Bewährungsfrist. — Politischer Raufhandel mit Nazis brachte zwei unserer Kollegen in Berlin für 1 1/2 Jahre und zwei Monate Gefängnis ein. — In Frankfurt a. M. erhielt ein Kollege ein Jahr Gefängnis, weil man bei ihm bei einer Hausungung einen Revolver und Munition fand. — Obwohl nachgemessenermaßen bei einer Strafschlichtung in Jmestadt die Nazis durch Messerstecherei den Aufschlag gaben, saßen keine Faschisten auf der Anklagebank des Sondergerichts Kempten; diese traten hakenkreuzgeschmückt als Zeugen auf. Unter den Verurteilten befinden sich auch Mitglieder unseres Bundes. Zwei Kollegen wurden zu je einem Jahr und drei Monaten und zwei weitere zu je sieben Monaten Gefängnis verurteilt. In einem anderen Prozeß am gleichen Ort erhielt ein Kollege acht Monate Gefängnis.

Das ist ein Teil einer schmachwürdigen Drachensaat, mit der Mitglieder unseres Bundes bedacht wurden. Die Urteile passen sich sinnig der Sondergerichtsbarkeit an. Den „national“ gesinnten Terroristen der Hitler-Partei wird, wenn irgend möglich, kein Haar gekrümmt. Es liegt eben so, daß auch Richter gleich andern Sterblichen öfters ihrer persönlichen Auffassung unterliegen und danach ihr Urteil fällen. Erst wenn die Schuldfrage so offen und klar zutage liegt, wie etwa bei den Nordbaten von Potemkin oder bei den Bombenwürfen in Hosslein, dann wird Recht gesprochen.

Wie sehr sich der Blick der Gerichte trüben kann, das möge an einem treffenden Beispiel gezeigt sein. In dem doch immerhin auch deutlichen Danzig fanden Angehörige von Linksparteien und Nazis vor Gericht. Die Angehörigen der Linksparteien hatten sich gegenüber den angegriffenen Nazis mit einem Schwimmbad verteidigt. Die Nazis handwerkten mit einem Revolver. In dem Urteil sprach das Gericht aus, daß der als Waffe benutzte Schwimmbad (selbst, jedoch der Revolver wurde den Nazis beilassen!) zwar sich hier und da auch fälschlich, der Lage gerecht werdende Urteile gefällt worden. Als und zu hat sich auch einmal ein Gericht um ausgleichende Gerechtigkeit bemüht; indem es die geringst zulässige Strafe — immerhin auch noch schwer genug — aussprach. Aus unseren Mitgliederkreisen liegen „sogar“ zwei Freisprüche vor. Zwar hatte das Gericht in einem Fall zunächst zwei Monate Zuchthaus ausgesprochen, jedoch wurde in der Berufungsinstanz ein Freispruch erteilt. Dem Freispruch steht aber auf der anderen Seite ein Fall gegenüber, den man nur als Zufallsfall bezeichnen kann. Vor den Schranken des berühmten Königlich-Sondergerichts hatten sich Kameraden der Eisernen Front aus Buzlau zu verantworten, weil sie ihr Volkshaus schützten. Schon am frühen Morgen hatten vorbestimmte, zum Sittertag noch ebenfalls schwebende Nazis heim Passieren des Buzlauer Volkshauses Gebärdnisse als Salbtschneiden und Zurufe: „Wir kommen heute abend wieder!“ gemacht. Das deutete darauf hin, daß für den Abend ein Überfall geplant war. Um sich dagegen zu schützen, versammelten sich Mitglieder der Eisernen Front im Volkshaus. In auffallend langsamem Tempo kamen dann abends die Nazis heran. Die Trittbretter der Autos waren bereits heruntergelassen. Durch ein Hornsignal von einem der elf großen Kraftwagen wurde das Zeichen zum Angriff gegeben. Es fielen mehrere Schüsse, ein Reichsbannerkamerad wurde getötet. Mehrere Nazis drangen in den Vorflur des Volkshauses ein, wurden dort aber zurückgeschlagen. Aus diesen Vorgängen konstruierte der Staatsanwalt dann Landfriedensbruch, Zusammenrottung und Aufbruch. Während die Angeklagten, die Nazis, sämtlich freigesprochen wurden, wurden die Verurteilten des Volkshauses verurteilt. Ein Kollege erhielt drei Monate Gefängnis. Das ist einer jener Zufallsfälle, in denen die Nazis mit Erfolg die Rolle der unschuldigen Lämmer spielten...

Herr von Papen ist inzwischen über seine eigene Unzulänglichkeit gestolpert. Das Regime der Papenhelmer wird aber vorläufig bleiben. Die Arbeiterschaft jedoch wird dafür kämpfen, daß dem Sturz des Herrn von Papen und seiner gleichgerichteten Nachfahren der Sturz der Gewaltpolitik folgt!

Vom Krebschaden des F.A.D. und der Lohnsenkungsmanie.

Die Eingabe der Bauarbeiterverbände, das Schreiben des F.A.D. sowie die Übergabe des durch Sondererhebung unseres Bundes gesammelten Materials über die erstickendsten Inflationen baugewerblicher Arbeitsmöglichkeiten durch den Freimilieu-Arbeitsdienst; ferner über die weiteren, die Bauarbeiter schädigenden Wirkungen der gegen Geist und Sinn des Tarifvertrages verstoßenden Lohnsenkungen bei Volkswirtschaften, wobei die vom Präsidenten der Reichsanstalt ausgeprochenen Lohnsenkungen gegen die eigenen Verwaltungsverträge des Reichsarbeitsministeriums, gegen seine Allgemeinverbindlichkeitsverträge verstoßen, haben zunächst dazu geführt, daß das Reichsarbeitsministerium den Oberwachungsvertretern für den 22. November Gelegenheit gab, die Beschwerden der Bauarbeiter mündlich vorzutragen. Für den Baugewerksbund waren die Kollegen Bernhard Rosenzweig und Otto erschienen; sie erläuterten die Eingabe und ergänzten das bereits in Nr. 45 des „Grundstein“ mitgeteilte Material. Mit Nachdruck wurde gefordert, daß endlich einmal entsprechend den wiederholten Erklärungen des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung eigentliche Bauarbeiten nicht mehr im F.A.D. ausgeführt

würden. Würde dieser Forderung entsprochen, dann könnten schätzungsweise hunderttausende Bauarbeiter im ordentlichen Arbeitsverhältnis zu tariflichen Bedingungen Beschäftigung finden! Die hiesigen, ausgeführten Arbeiten seien mindestens zu drei Vierteln baugewerblichen Charakters. Endlich müßte auch der Begriff der Gemeinnützigkeit einmündig geklärt werden, zumal jene Erklärungen des Präsidenten der Reichsanstalt nicht einmal verhindern konnten, daß sogar Hochbauten im F.A.D. ausgeführt werden. Die Mühseligkeit sei nur zu bezeugen durch eine Änderung der geltenden Bestimmungen. Daß diese Änderungen eine dringende Notwendigkeit sind, geht schon daraus hervor, daß sich seit der Rotverordnung vom 6. Oktober 1931 die Beschwerden sehr vermehrt haben. Auch die Rotverordnung vom Mai dieses Jahres brachte keine Verminderung der Beschwerden. Und seit der Sprechtung im Reichsarbeitsministerium im Februar dieses Jahres habe sich nichts gebessert. Nichts ist geschehen zur Abstellung des Mißstandes, besonders des mit dem § 19 der F.A.D.-Verordnung verbundenen. Arbeitslosenstilllegung heute sogar durch Anzeigen in den Zeitungen gesucht, als wenn es sich um reguläre Arbeitsplätze handelte. In Süd-

deutschland werden Erdbebenbewegungen in einem Umfange von 11 000 bis 20 000 Kubikmeter im F.W.D. bewältigt! Straßen würden, weil sie keine eigentlichen Durchgangsstraßen sind, im F.W.D. ausgebaut, ja man gebe sogar unter Mißbrauch des § 92 F.W.D. dazu über, unter dem Deckmantel der Berufsbildung junge Leute zu zwingen, gemorbete Arbeiten auszuführen. Beispielsweise beim Bau einer Berufsschule in Eisen. Es müßte gefordert werden, daß Lehrlinge überhaupt nicht zum F.W.D. herangezogen werden dürfen. Der F.W.D. werde sogar bei Privatbauten eingesetzt. — Bei Hoffstandsarbeiten und Arbeiten des Arbeitsbeschaffungsprogramms werde fortgesetzt gegen die Allgemeinvertindlichkeit von Tarifverträgen verstoßen. Eine Aufstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, zeigt, daß bei 404 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für nicht weniger als 265 „Maßnahmen“ Lohnherabsetzungen ausgesprochen, das heißt 265 Durchbrechungen der Tarifverträge von beherrschender Stelle begangen worden sind! Es sei ferner festgestellt worden, daß in allen Fällen, wo entsprechend dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Arbeiten beauftragt worden sind, der Lohn um 10 bis 44 % herabgesetzt wurde. Es gab sogar Fälle, wo an ein und demselben Ort für ein und dieselbe Arbeit vier verschiedene Löhne gezahlt wurden! Ein größeres Durcheinander, eine radikalere anarchisierende Zerstückelung von Behörden ist undenkbar! Manchmal ist der Fußfuß der Behörde größer als die auszubehende Lohnsumme überhaupt. In acht Fällen sei dies einwandfrei festgestellt worden. In 36 weiteren Fällen brauche der Unternehmer täglich nur 35 Pf. zu den ihm gewährten Zuschüssen zuzuzahlen. In einem Falle in Baden beträgt der Lohn 1,75 M., der Fußfuß jedoch 3 M! Der Unternehmer hat also 1,25 M für sich. Der Zustand, daß der Reichskommissar allgemein verbindlich erklärte Löhne herabsetze, sei einfach unbillig. Bei dieser „Politik“ des Reichskommissars blieben auch Konflikte mit den Ländern nicht aus. Bremen, Hamburg, Sachsen sowie die Stadt Berlin haben beispielsweise beschlossen, daß auch bei den „Maßnahmen“ des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Tariflöhne gezahlt werden sollen. Der Reichskommissar setzte jedoch die Löhne einfach herab, beispielsweise den Facharbeiterlohn im Berliner Straßenbau von 98 auf 88 Pf. — Die Vertreter anderer baugewerblicher Arbeiterverbände ergänzten diese Aus-

führungen aus eigenen Erfahrungen in den von ihnen vertretenen Berufen. Die Praxis des Reichskommissars habe auch dazu geführt, daß selbst freie Vereinbarungen mit dem Träger von „Maßnahmen“ der Arbeitsbeschaffung, die eigens für diese Arbeiten vereinbart waren, sabotiert werden.

Die Regierungsdirektoren, von denen unter Führung des Herrn Ministerialdirektors Weigert nicht weniger als ein volles Dutzend erschienen waren, hörten sich schließlich ferielle Verpredungen des Arbeitervertreter an. Max J. Ministerialdirektor sprach vom Zustand der Wirtschaft und des Staates und darüber, wie man überhaupt zum F.W.D. und zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekommen sei. Immerhin erkannte der Ministerialdirektor an, wenn sich tatsächlich herausstellte, daß das tarifvertragliche Arbeitsverhältnis die Ausnahme und das Füllergarbeitsverhältnis im Baugewerbe die Regel wäre, dies ein unbilliger Zustand sei. Ministerialdirektor Dr. J. Schucke von der Reichsanstalt für F.W.D. legte die „Linie“ klar, nach der die Löhne in den zur Ausprägung stehenden Fällen gesenkt werden. Beide Herren anerkannten die Bedenken der Gewerkschaftsvertreter und versprachen, sich mit den einzelnen Ressorts in Verbindung zu setzen und mit ihrem Minister und Vorgesetzten nicht sagen. Das vorgebrachte Material solle im beschleunigten Verfahren geprüft werden.

Im Interesse der Bauarbeiter forderten wir, daß die Regierungsdirektoren das Gehörte ihren Chefs berichten, baldmöglichst Ordnung geschaffen und der Lohndrückerei der Tarifverträge ein Ende gesetzt werde. Solche Zustände, wie sie sich nicht nur zum Schaden der Bauarbeiter, sondern auch zum Schaden der gesamten Wirtschaft durch den F.W.D. und durch die Lohnsenkungsmaßnahmen herausgebildet haben, sind unerträglich. Die Bauarbeiter werden sich nicht mit einem lang- und klanglosen Begräbnis ihrer Ansprüche, auch nicht mit einem solchen erster Klasse abfinden. Sie werden so lange protestieren und fordern! Ihre Stimme erheben, bis jener, einem Reichstaft unwürdige Zustand aufhört, daß eine Behörde die Verwaltungsakte einer anderen torpediert und Wirtschaft und Arbeiterchaft immer mehr ruiniert!

Funkzentrale tritt ein für Gleichberechtigung aller politischen und weltanschaulichen Bewegungen, für stärkste Rücksichtnahme auf die Interessen der werktätigen Bevölkerung unter Hinzuziehung aller geeigneten Kräfte der sozialistischen Kulturbewegung, gegen jede Ausnahmehandlung einzelner Volkskreise; sie fordert Aktualisierung des Rundfunks, Politik, aber keine einseitige Politik. Der Rundfunk darf nicht Instrument der jeweiligen herrschenden Mächte sein, sondern lebendiger Ausdruck aller politischen, geistigen und künstlerischen Kräfte des ganzen Volks, er muß staatsbildende Aufklärung im Sinne der Republik frei sein. Gefordert wird insbesondere stärkste Berücksichtigung der die Arbeiterchaft bewegenden Fragen, freigeistige und weltliche Feierstunden, als eigenartige künstlerische Gestaltungsformen unter Berücksichtigung der Arbeiterbildung und des Arbeiterangehens, Vermeidung jeder kleinlichen Zensur, weitgeißige, vom Geist der Toleranz getragene Inhaltsprüfung der Sendungen.

Um diese Forderungen durchzuführen, soll in allen Versammlungen und Konferenzen, in der Tagespresse sowie in den örtlichen und bezirklichen Mitteilungsblättern anhaltend auf die Kulturreaktion hingewiesen und über die Lage im Rundfunk berichtet werden. Trotz der Tatsache, daß jetzt weniger uns nahestehende Redner zu Worte kommen und uns interessierendere Themen im Rundfunk kaum noch behandelt werden, sollen auch weiterhin Hörergruppen geschaffen und gebildet und Abende für den gemeinsamen Empfang eingerichtet werden. Hörergemeinschaften sind die Grundlage für Auseinandersetzungen mit dem Gegner und Vorbereitung für Protestaktionen. — Organ der Freien Funkzentrale sind die freien Funkauslässe in den einzelnen Gendebietzen. Ihnen ist über alle Rundfunkvorgänge dauernd zu berichten. Dazu ist notwendig, daß möglichst viele Hörer auch solche Veranstaltungen abhören, in denen gegenwärtige Tendenzen zum Ausdruck kommen. Recht und Pflicht der Hörer ist es, ihre Beschwerden über reaktionäre Rundfunkdarbietungen persönlich an die Gendebietzung zu richten. Massenbeschwerden sind nicht nur von den einzelnen Organisationen, sondern auch von den Rundfunkteilnehmern selbst zu unterzeichnen. Wenn unmittelbare Interessen der Organisationen durch die Rundfunkdarbietungen verletzt werden, so sind schriftliche Proteste der Organisationen zu erheben oder öffentliche Kundgebungen unter Beteiligung aller Organisationen zu veranstalten. Die Rundfunkfrage ist nicht als eine Frage für sich, sondern im Zusammenhang mit unserm madtpolitischen Kampf gegen die Reaktion zu betrachten. Letzte Waffe in diesem Kampf ist der Streik. Er kann aber nur von den Spitzenorganisationen unter gemeinsamer Verantwortung beschlossen werden. Je aktiver die freischichtlichen Hörer sind, um so mehr wird sich ihr entschiedener Willen im Rundfunk durchsetzen!

Der Revolutionär im Tirolerkostüm . . .

So wurde Adolf Hitler kürzlich von einem italienischen Fallschirmjäger genannt. Was sich aber jetzt zwischen ihm und dem Reichspräsidenten abgespielt hat, ist — auf Hitler bezogen — schon mehr groteske Maskerade mit anschließender Demaskierung. Wie lag die Sache? Nach der Abkantung des Papen-Kabinetts hatte der Reichspräsident von Hindenburg Hitler beauftragt, eine parlamentarische Mehrheit zu suchen für eine von ihm zu bildende Regierung. Verfassungsgemäß war dies der richtige, vom Reichspräsidenten einzuschlagende Weg. Hitler brütete mit seinen „Unterführern“ hin und her, es kam zu einem lebhaften Schriftwechsel zwischen Reichspräsident und dem feudalen Hof für die „feinen Leute“, dem „Ruhmeshof“, der zweiten Residenz Hitlers. Das briefliche „Unterführer“ lagelag hin und her; schließlich begehrte Hitler, der Reichspräsident solle ihm ohne Vorbehalt und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Regierung betrauen und dieser Präsidialvollmacht geben.

Hindenburg lehnte dies ab, und nun sah Hitler zum zweiten Male auf dem Erboden. Nicht allein dies, die ganze Hohheit und Borniertheit dieses „Führers“ offenbarte diese Zurückweisung. Dieser „Führer“ erzählte immer wieder, unter seiner glorreichen Führung werde er, wie weiland Wilhelm der Erste, Deutschland herrlichen Zeiten entgegenzuführen. Nach dem Fall des Papen-Kabinetts winkte ihm hierzu Gelegenheit. Hindenburg ersuchte diesen geschworenen Feind des Parlamentarismus, die Möglichkeiten einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu prüfen. Hitler lehnte dies nicht etwa entkräft ab, sondern er beschränkt den Weg des Kuhhandels. Mit dem geschwollenen Eifer eines fast Jahrauf aufgelaufenen Führerturns setzte er sich in dem vornehmen Berliner Hofel mit seinen „Unterführern“ auf den Hofenboden zur Erfüllung des ihm gewordenen Auftrages; umgeben von schwirrenden Ordnen, von SS- und SS-Rommandanten und mit allen falschlichen Fähigkeiten, Eisenketten, Goldketten und Aufgebäldeheiten ludete er die Kästel der Spähne zu lösen. Eine Entfäufung jagte die andere. Ein Brief nach dem anderen schwirte hin und her. Immer wieder neue Beratungen und Konferenzen. Gelpenfer und Nummen wurde zitiert, dem „Führer“ zu helfen, zu raten, zu erklären. Der selbige Cuno kommt angeflüstert, in seinem Gefolge Schacht in hohem Gehkragen. Es kommen die Onoufriebarone, die Truist- und Bankmagnaten. Zuletzt kommt ein leibhaftiger Herzog von Coburg angeschlossen, um den gordischen Knoten zu entwirren. Und so vergehen Stunden und Tage bei diesen Geisterbeschwörungen, bei diesem Kuhhandel. Am seine „Größe“ zu zeigen, fährt der „Führer“ abends in großer Zolleite und mit weißgeputzten Wangen in hoher Begleitung in die Oper und läßt sich in seiner Loge bewundern. Indessen schwinen seine „Unterführer“ Weisheiten. Und wieder geht es hin und her mit Aufschlüssen, Phrasen, Nebensarten, die nur verdecken sollen, daß hinter dem „Führer“ nichts anderes steckt als eine tiefe Null.

So verhedderten sich die Herrschaften immer mehr in Widerprüden und wichen immer mehr von ihren „heiligen Prinzipien“ ab. Hitler bot schließlich Hindenburg gegenüber großmütig Veröhnung mit den „feinen Herren“ an, die Wochen und Monate vorher von Goebbels und Hitler nach Strich und Faden vernehmelt worden waren. Hitler erklärte sich bereit, von den Baronen mehrere, unter anderen den General Schleicher und den Freiherrn von Neurath, gnädigst in „sein“ Kabinett aufzunehmen, aber dafür verlange er vom Reichspräsidenten seine Ernennung zum Reichskanzler. Er ersuchte in diesem Falle um den Auftrag, für dieses Kabinett die verfassungsmäßigen Voraussetzungen zur Arbeit zu schaffen und um jene Vollmachten, die bisher auch parlamentarischen Reichskanzlern nie verlag worden seien. Und hoch und heilig versicherte Hitler zum Schluß, er wolle sich aufopfern für die Rettung des Vaterlandes. . .

Et, wie feim verfassungstreuen ist doch dieser Hitler geworden! In seinem letzten Schreiben an den Staatssekre-

tär Reichner beteuerte er, er habe schon immer die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volkserhebung betont, er habe ausdrücklich versichert, nur unter solchen gesetzmäßigen Voraussetzungen arbeiten zu wollen. Wie habe er eine Parteidiktatur verlangt. Immer war er bereit, mit anderen dafür in Frage kommenden Parteien zu verhandeln, um eine Basis für eine Regierung zu schaffen. Vor Experimenten habe er immer gewarnt, so etwas führe am Ende zur nackten Gewalt und müsse daran scheitern.

Da habt ihr den „Führer“, wie er leibt und lebt! Ein feierliches Bekenntnis zur Reichsverfassung von einem Manne, der schon immer für Diktatur schwärmte, der den Reichstag schon immer zum Teufel schickte und der an jedem Tage feierlich die Reichsverfassung auf dem Scheiterhaufen des Faschismus verbrannten wollte. Was ist Hitler als das Parlament funktionierte, war er gegen das „System“, unter der autoritären Regierung war er für das „System“, In Wahrheit ist er und seine Partei ein System für sich, zusammengesetzt aus Phrasen und Volksbreitum zum Ankläger und Verderber des deutschen Volkes. . .

Hitler ist wieder einmal vorläufig abgehan. Nun wird mit den anderen einmal vorläufig abgehan. Wenn nicht alles frägt, wird aus diesem Lohnumabobu fruchtloser Verhandlungen das alte Papen-Kabinett in aller Herrlichkeit und Feudalität wieder auferleben. Kitziger politischer Theaterdonner, wie er nur in der großen politischen Kinderstube Deutschland möglich ist!

Gegen den nationalstiftischen Rundfunk!

Die Reichsregierung, die die Meinungsfreiheit durch Zensurverbote knebelt, macht den Rundfunk zu einem Instrument ihrer Propaganda, um durch die von ihr geförderte Einseitigkeit der Darbietungen jede geistige und künstlerische Kultur abzutöten. Dagegen werden alle freischichtlichen gesinneten Hörer aufgerufen einzutreten: für Geistesfreiheit gegen Diktatur, für Kunst und Aufklärung gegen Kitz und Verbummung, für Gleichberechtigung der Weltanschauungen — gegen einseitige nationalstiftische Programmgestaltung! Die in der Freien Funkzentrale vereinigten Spitzenorganisationen der werktätigen Bevölkerung (ADGB, IFA, F.W.D., ADW, Sozialistischer Kulturbund, Arbeiter-Ablobund) fordern ihre Mitglieder auf, sich in die Front freischichtlicher Hörer einzureihen. Die Freie

Notstandskredit für den Wohnungsbau.

Bisher war der Wohnungsbau von der produktiven Erwerbslosenfürsorge grundsätzlich ausgeschlossen. Zwar hatte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einmal, und zwar im Juni des vorigen Jahres im Rahmen der Hilfsaktion 1 200 000 M für die Herstellung von Notstandskrediten für den Wohnungsbau bereitgestellt. Aber dieser Versuch hatte nicht das erwartete Ergebnis, weil die Aktion mit dem Bankrott der Zusammenfassung. Außerdem wirkte sich ungünstig aus, daß die Maßnahme auf das Hilfsgebiet beschränkt blieb und die Höchstgrenze des je Wohnung gewährten Darlehens mit 600 M zu niedrig angelegt worden war. Der Mißerfolg der Aktion konnte keineswegs dahinedeutet werden, daß der Wohnungsbau für die produktive Erwerbslosenfürsorge etwa nicht geeignet sei. — Dieser Auffassung ist wohl auch der Vorstand der Reichsanstalt, der nun beschloßen hat, namentlich grundtätig den Wohnungsbau in die wertvolle Erwerbslosenfürsorge mit einzubeziehen und zunächst einmal einige Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Einzelheiten über die Durchführung des Beschloßes können noch nicht mitgeteilt werden. Es ist Aufgabe einer Kommission, nähere Bestimmungen über die Durchführung des Beschloßes zu treffen. Wir möchten schon jetzt aus den vielfachen schlechten Erfahrungen, die gemacht haben, die Forderung erheben, daß diese Aktion nicht dazu genutzt wird, wieder den Tariflohn der Bauarbeiter zu drücken. Die Löhne der Bauarbeiter sind niedrig genug; sie im Rahmen einer Notstandskreditaktion wiederum zu drücken, wäre nicht nur unsinnig, sondern würde dem Begriff einer Notstandskreditaktion direkt ins Gesicht schlagen.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen untertätiger Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wierlich, in Wülfer das Baugeschäft Johannes Siemers, in Osterdorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schütt aus Osterdorf beim Landwirt Mann.

Töpfer: Gesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf und in Berlin-Oberhönemünde die Firma Witt.

Streikerfolge in Schlesien und Thüringen. Im Gebiet des Bezirksverbandes Schleien und in Thüringen ist die Abwehr gegen Unternehmer, die die Notverordnung vom 5. September als Diktat durchzuführen wollen, überall für unsere Kollegen erfolgreich gewesen. Die in diesen Gebieten durchgeführten Bewegungen umfassen eine ganze Anzahl Orte. Insbesondere in Thüringen haben die Unternehmer, die für sich kraft ihrer Innungszugehörigkeit ein anderes Recht beanspruchen wollen als die organisierten Unternehmer, sehr bald erkennen müssen, daß auch sie sich einer geltenden Ordnung zu fügen haben. Wir berichten darüber ausführlicher in den Nachrichten aus den Bezirksverbänden. Hoffentlich lernen alle nichtorganisierten Bauarbeiter daraus und begreifen, daß das Unternehmertum nur vor solchen Bauarbeitern Respekt hat, die sich ihrer organisierten Zugehörigkeit zur Bauarbeiterchaft bewußt sind und damit ihr Klassenbewußtsein erst richtig dokumentieren. Und für die Unternehmer sind diese Erfolge gleichzeitig Hinweis darauf, daß die Bauarbeiterchaft auch in Zeiten der Not nicht mit sich spielen läßt, sondern gewillt ist, ihre Interessen nachdrücklich zu vertretzen.

Nicht viel Kleinigkeiten

dafür ein wertvolles Weihnachtsgeschenk

eine Nähmaschine

ab 141 RM (Zahlungserleichterung)

ein Fahrrad ab 62 RM

Kinderräder usw.

Verlangt Gratiskatalog!

LINDCAR-FAHRRADWERK AG

BERLIN-LICHTENRADE

Unternehmen der freien Gewerkschaften

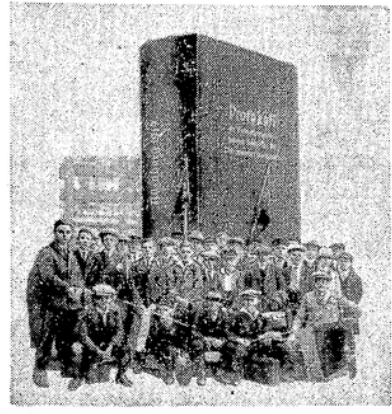


Werb- und Bildungsarbeit

Bezirksverband Hannover. (Wochenendkurs.)
 Einen schönen Verlauf und Ausklang nahm unser Wochenendkurs, der für den Bezirk Hannover im Viktor-Alberheim in Springe am 12. und 13. November abgehalten wurde. Am Sonnabend hielt unser Bezirksleiter Gerlach einen Vortrag über die Lage des Bundes und seine Aufgaben. Dabei schilderte er die Entwicklung unserer Gewerkschaften, aus der Sunstzeit leitete er aber zu den ersten Gewerkschaftsgründungen, zum Sozialistengesetz und der Weiterentwicklung der Gewerkschaften nach dem Fall des Ausnahmegesetzes. Außerdem schilderte er die Entwicklung der deutschen Industrie während der letzten Jahrzehnte. Die Zuhörer bekamen so einen guten Einblick in die deutsche Wirtschaftsentwicklung und unsere früheren Arbeitsverhältnisse und Kämpfe. Auch die Ausführungen des Redners über den Mitgliederstand, die Finanzverhältnisse und Leistungen unseres Bundes waren sehr aufschlussreich. Der Redner forderte auf zu aktiver Mitarbeit jedes einzelnen für den Baugewerksbund. — Dann folgte ein Lichtbildvortrag des Kollegen Drewes, der eine zweckmäßige Ergänzung des Vortrags Gerlachs darstellte. Zum Schluss erörterte der Redner die Kurstafelnehmer mit Musik, zwischendurch sangen Burden und Mädel Wanderlieder, und verließ der Abend in voller Harmonie. — Am Sonntag hielt dann Kollege Verlin aus Lemgo einen Vortrag darüber, wie man schwankende Mitglieder halten und abstränig zurückgewinnen könne. Er zeigte die Gründe des Mitgliederchwundes im Bunde auf, stellte dann die rein organisatorische Frage heraus und besprach die Haltung der Gewerkschaften in Politik und Wirtschaft. Er zeigte die Schädlichkeit der kommunistischen Wählarbeit und legte in seinen weiteren Ausführungen großen Wert auf den Ausbau unseres Funktionärskörpers. Die lebhafteste Ausprache ergab wichtige Einzelzüge für den Erfolg täglicher Kleinarbeit. Dann sprachen Kollege Druwe aus Niemburg über das Wesen der privatkapitalistischen Wirtschaft und Kollege Wache aus Minden über Planwirtschaft. Damit wurde der praktische Organisationsarbeit eine gewisse wissenschaftliche Grundlage gegeben. Die Unklarheit der heutigen Wirtschaftsmethoden wurde klargestellt und der Weg gezeigt, um aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Lehrsreich war besonders die Darstellung einer Planwirtschaft. In der Ausprache waren sich alle Redner darüber einig, daß zur Überwindung der privatkapitalistischen Wirtschaft vor allem geht, den Unersatz der Massen zu beschaffen; nur mit einer folgerichtig denkenden Arbeiterschaft lassen sich wirtschaftliche Fortschritte durchsetzen. Nach einem lebhaften Appell des Kollegen Gerlach, die in diesem Kursus gegebenen reichen Anregungen in bester Weise zu verwenden und das Band der Solidarität von neuem zu festigen, fand der Kursus sein Ende. Die Teilnehmer versicherten, ihre ganze Kraft einzusetzen zu wollen für ein Bannwort der kommenden Welt!

Bezirksverband Magdeburg. (Wochenendkurs.)
 Der Wochenendkurs am 19. und 20. November in Magdeburg für den südlichen Teil des Bezirks Magdeburg-Anhalt zeigte einen prächtigen Arbeitseifer. Mehr als 50 Funktionäre waren daran beteiligt. Der Kursus begann Sonnabend abends mit einem Vortrage des Kollegen Thiele vom Bezirksvorstand über unsern Baugewerksbund und seine Aufgaben. Der Redner zeigte dabei die Verzeichnungen auf, die die furchtbare Wirtschaftskrise angerichtet hat. Vor allem im Baugewerksbunde hat die Krise ganz unerhörte Ausmaße angenommen. Kollege Thiele beleuchtete die Ursachen des Rückganges der Bauwirtschaft, um dann zu erwähnen, daß durch die lange Arbeitslosigkeit manche Kollegen erstarben und dabei der Glaube und das Vertrauen zur Gewerkschaft erschüttert werden. Trotz der verheerenden Rückschläge steht aber unser Bund immer noch ungeschwächt da. Jeder Kollege bringt Opfer, um die Organisation kampfbereit zu erhalten. Der Redner schilderte sodann die letzten Lohnbewegungen im Bezirk und die von Arbeitern schädlichen Auswüchse des freiwilligen Arbeitsdienstes. Er erläuterte, wie vorzugehen sei, um die jungen Kollegen für die Organisation zu interessieren und zu gewinnen und gab zum Schluss einen Ausblick auf die demnächst einsetzenden Reichsarbeitsvertrags-Verhandlungen. In lebhafter Ausprache brachte der Kursus einmütig zum Ausdruck, daß neue Tarifabschlüsse Verhandlungen nicht enthalten dürfen; der freiwillige Arbeitsdienst ist grundsätzlich abzulehnen, jedoch müssen wir uns der dabei Beschäftigten annehmen, um für unsere Zwecke und Ziele zu gewinnen. Bei den Stadtfraktionsbesuchen sei darauf zu sehen, daß überall Tarifsühne gesalbt werden. — Der Sonntag brachte dann zunächst einen Vortrag des Kollegen Noack, Stendal, über Rechts- und Wirtschaftsfragen im Baugewerbe. Auch dieser Kollege verstand es, in ausgiebiger Weise klarzulegen, was der Bund alles getan hat, um Arbeit für die Kollegen zu beschaffen. Nachdem er die Papen-Verordnung und den freiwilligen Arbeitsdienst beleuchtete, ging er ausführlich ein auf Fragen der Arbeitslosenversicherung, des Arbeitsgerichtsgesetzes, der Unfallversicherung und des Tarifrechts. Dann sprach Kollege Lange, Magdeburg, über die Tätigkeit der Funktionäre und ihre Aufgaben. Er zeigte, welche ansehnliche Aufbauarbeit in den letzten Jahrzehnten von den Gewerkschaften geleistet wurde und betonte, daß immer noch ein großes Arbeitsfeld vor uns liegt. Der große Gewerkschaftsapparat erfordert in der heftigsten Zeit eine ungeheure Arbeit. Hingegen kommt die Mitarbeit in den Krankenkassen, den Versicherungsämtern, den Oberverwaltungsämtern, in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten und in den Organen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung. Auch in Ausschüssen der Innungen und Handwerkskammern, an den Berufsbildungsschulen ist eifrige Mitarbeit der Gewerkschaften notwendig. Jede Kraft wird gebraucht, nicht zuletzt auch in den Eigenunternehmungen der Arbeiterschaft. Keiner darf mitschlafen werden. Die schwere Krise darf auch keinen gleichgültig machen. Der Keilstein unserer Gesamtbewegung sei die Erreichung des Sozialismus. Jeder müsse zur Erreichung dieses hohen Zieles sein Bestes beitragen. — Die Ausprache über beide Vorträge zeigte die Arbeitsfreudigkeit unserer Funktionäre. Durch alle zitterte die Empfindung: Wir lassen nicht nach, wir werden nicht müde, wir werden auch das uns gesteckte Ziel erreichen! Die Sitzung schloß mit einem Hoch auf den Baugewerksbund und mit dem Ruf: Freiheit!

„Männer in der Gewerkschaftsbewegung.“ Die Führer der Bewegung stehen im Mittelpunkt des Interesses. Auf sie werden Fragen und Bedenken ebenso oft gehäuft, wie Würdigung und Anerkennung. Den meisten Menschen sind die Männer in der Gewerkschaftsbewegung mit ihrem Denken und Handeln nicht bekannt. Fast jeder aber sieht in ihnen die Menschen, die die Bewegung verkörpern. Es ist nicht nur richtig, sondern dringend notwendig, mit ihnen näher bekanntzuwerden. Die neue Lichtbildserie „Männer



Aus „Männer in der Gewerkschaftsbewegung.“ — Auf dem Nürnberger Gewerkschaftsfesttag 1919 fand die Vagenfrage zur Debatte. (Sohnan-Gallenbach.)

in der Gewerkschaftsbewegung“ hilft sie kennenzulernen. Sie macht vertraut mit führenden Gewerkschaften der Vergangenheit und Gegenwart. Auf Wunsch wird sie auch außerhalb des allgemeinen Bildungsprogramms aus- geliehen.

Für Arbeitsgemeinschaften. Der Bundesvorstand stellt für Auspracheabende zwei neue Broschüren zur Verfügung: „Die letzte Chance des Kapitalismus“ und „Die Kulturaufgaben der Gewerkschaften“. Die Broschüren werden auf Anforderung durch die Baugewerkschaften vom Bundesvorstand zur Verfügung gestellt.

Ein Prospekt für Werbe- und Bildungsarbeit. Die Verlagsgesellschaft des DGB, Berlin SW 10, Infelstraße 6a, hat eine Broschüre herausgegeben, die eine Leberstift über Lichtbilder, Filme, Tonfilme, Bildstreifen und Vorführungsgeräte gibt. Sie enthält die Lichtbildserien und Bildstreifen aus unserem Bundes-, sowie solche, die von Organisationen des DGB, und uns nahstehenden Verbänden hergestellt worden sind. Der Prospekt wird unsere Baugewerkschaften manchen guten Wink geben können.

Frankfurt am Main. Der Bundesvorsitzende, Kollege Bernhardt, hatte kürzlich Gelegenheit, unsere Arbeitsgemeinschaft zu besuchen. In einem Schreiben an die Baugewerkschaftsleitung brachte daraufhin Kollege Bernhardt zum Ausdruck, daß es durch derartige Arbeitsgemeinschaften sehr wohl möglich sei, Kerngruppen heranzubilden.

Deutsch-Rene. Im Lager des Sozialen Dienstes sind auch eine Anzahl Bauarbeiter. Der Leiter des Lagers ist ein Jugendleiter unseres Bundes. Zur Unterfertigung der fachlichen Ausbildung wird er die in unserer Jugendabteilung üblichen Bauabende auch im Arbeitsdienstlager einführen.

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Breslau. (Erfolgreiche Abwehrkämpfe.) Bereits im „Grundstein“ Nr. 45 berichteten wir über die Lohnbauarbeiten der Unternehmer. Inzwischen hat sich der staatliche Schlichtungsausschuß der wegen Anstandslosigkeit abgelehnt hatten, mit der Anstandslosigkeit beschäftigt. Dieses Vergehen des staatlichen Schlichtungsausschusses Breslau steht wohl einzig da. Am 31. Oktober war der für allgemeinverbindlich erklärte Lohnvertrag abgelaufen, und bereits am 1. November hatten wir die Einladung zu Lohnverhandlungen vor diesem Ausschluß. Auf unsere Frage, wie es käme, daß der Schlichtungsausschuß von sich aus die Parteien lade, ohne daß irgendwo ein Streik ausgebrochen sei, wurde erklärt, der Vorsitzende könne schon zu Verhandlungen einladen, wenn anzunehmen sei, daß die Wirtschaft durch Streiks erschüttert werden könne. Da wir der Einladung widersprochen, mußte die Angelegenheit an den Schlichter weitergegeben werden. Termin war am 4. November. Hier wurde dann ein Schiedsspruch gefällig, wonach in den ersten fünf Lohnklassen der alte Lohn bestehen bleiben sollte, in den Lohngruppen VI, VII und VIII dagegen wurde der Lohn gekürzt. Dieser Spruch hat Geltung bis zum 31. Dezember 1932. Bei Bekanntgabe des Spruches erklärten die Unternehmer durch Herrn Maurermeister Kahmann, sie lehnten den Spruch ab; im übrigen würden sie dafür sorgen, daß der Spruch weder für verbindlich noch für allgemeinverbindlich erklärt werde. Das glauben wir Herrn Kahmann aus Wort. Sei seinen offeneren Besuchen in Berlin scheint er sich gute Verbindungen geschaffen zu haben. Wir unsererseits lehnten nach reiflicher Überlegung ab, den Schiedsspruch zur Verbindlichkeit anzunehmen. Wir hatten unsere Gründe. — Nach Bekanntgabe des Spruches wiesen die Unternehmer ihre Mitglieder sofort an, mit der Entlohnung um 10 % unter dem Schiedsspruch des Schlichters zu bleiben. Das hatte zur Folge, daß unsere Kollegen in Breslau, Waldenburg, Escheln, Jabelsdorf und andernorts zu Kampfmassnahmen griffen. Hierauf ließen die Unternehmer unter Führung ihres Syndikus Hochbaum an das Arbeitsgericht nach Breslau, um dort zu beantragen, eine einseitige Verfügung gegen unsern Bund zu erlassen, in der ihm aufgeboten sei, alle Kampfmassnahmen einzustellen. Diese einseitige Verfügung richtete sich also nur gegen den Baugewerks-

bund. Der Zimmererverband, der Christliche Bauarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinisten wurden davon nicht betroffen. Im Gegensatz zum Antrag des Baugewerbe-Verbandes fällt dann das Arbeitsgericht Breslau einen Spruch, in dem der Kläger (Baugewerbe-Verband) mit seiner Klage abgewiesen wurde. Hierauf fragte Dr. Hochbaum beim Arbeitsgericht an, ob nämlich dem Arbeitgeberverbände die Anstandslosigkeit gelassen sei. Ihm wurde von unserm Vertreter beauftragt, der Baugewerbe-Verband solle tun, was er nicht lassen könne. Jedenfalls kam es dann so, daß unsere Kollegen überall den Lohnabbau der Unternehmer ablehnen konnten. In allen Fällen gelang es, dem Schiedsspruch des Schlichters Geltung zu verschaffen. — Nachträglich erfahren wir, daß die Unternehmer in den „Breslauer Nachrichten“ arbeitswillige Kräfte nach Breslau suchten. Wir werden dafür sorgen, daß das Geld für die Anzeige als weggenommen gilt. Jedenfalls haben ein oder zwei Tage Streik fast überall genügt, um die Unternehmer zur Anerkennung des Schiedsspruches zu zwingen. In vereinzelten Fällen war nur eine Arbeitsniederlegung von einigen Stunden nötig. Die Kollegen aber mögen ihre ganze Tätigkeit in nächster Zeit darauf einstellen, daß sie gegen alle Angriffe der Unternehmer gewappnet sind. Glaubt sie auf dem Posten, halten sie ihre Organisation hoch, dann werden wir spätere Kämpfe genau wie diese mit Erfolg durchführen können!

Bezirksverband Erfurt. (Widgewordene Unternehmer.) Bekanntlich ist unser Thüringer Bezirksvertrag die Allgemeinverbindlichkeit verstoß worden. Die normale Thüringer Regierung Baum-Köhner sah ihre Hauptaufgabe darin, jegliche Ordnung der Lohnzahlung im Baugewerbe zu untergraben; deshalb hintertrieb sie auch die Allgemeinverbindlichkeit aller baugewerblichen Verträge. Die Landwirtschaft, die Innungen, Handwerks- und Handelskammern und vor allem ein arbeitsloser Syndikus des Thüringer Sägewerk-Verbandes, Neuhoff, sind Gegner jeglicher Allgemeinverbindlichkeit irgendeines baugewerblichen Tarifvertrages. Und diesen zumutbarsten Interessen entgegen wird von hoher Stelle aus selbstverständlich Rechnung getragen. — Nunmehr freilich die Thüringer Bauunternehmer gegeneinander in der Konkurrenz auf und zerklüftet dabei ihre Organisation. „Los von jeglicher fälschlicher Ordnung!“, so erschallt es ausgangs August auf einer Generalfammlung des Thüringer Bezirks-Arbeitsgeberverbandes für das Baugewerbe, weil die Allgemeinverbindlichkeit des Thüringer Bezirksvertrages für den Hochbau nicht ausprobiert wurde. Die Sägung dieser Unternehmerorganisation wurde dahingehend abgeändert, daß jede Ortsgruppe sofort und zu jeder Stunde aus dem Bezirks-Arbeitsgeberverband austreten dürfe. Auf diese Weise könne man sich vor vertraglich übernommenen Verpflichtungen drücken. Das begriffen sofort die Unternehmergruppen in Mühlhausen, Gotha, Weimar und Jena, sie schieden aus ihrer Organisation aus. Die Mühlhäuser Bauunternehmer waren die ersten, die die Sägung am 15. 3. je Stunde, also von 75 auf 60 3 für Sacharbeiter und entsprechend für Hilfsarbeiter, herabdrücken wollten. Sie erklärten durch schriftliche Anträge, wer am 5. September auf der Arbeitsstelle ercheine und die Arbeit aufnehme, erkläre sich mit diesem Lohnabbau einverstanden. Dabei machte es auch nichts aus, daß am Tage dieser Anträge die Unternehmer vom Thüringer Bezirks-Arbeitsgeberverband noch nicht abgemeldet waren. Aber deswegen wurde von uns der Klageweg beschritten. Leider und unverfänglich wurde jedoch das Arbeitsgericht Mühlhausen den entscheidenden Termin bis Ende Oktober hinaus. Dann erst verurteilte es die Mühlhäuser Unternehmer zur Nachzahlung der Tariflöhne. Trotz alledem besahen jedoch diese Herren in den letzten Oktobertagen erneut die Frechheit, in Mühlhausen den Lohn um 15 % je Stunde kürzen zu wollen. Als Antwort auf diesen neu veränderten Lohnabbau kam es zur Arbeitsniederlegung. Nach drei Wochen Kampf, an dem sich auch die Lehrlinge beteiligten, mußten die Unternehmer einsehen, daß ihr Raubzug auf das letzte Stückchen Brot der Mühlhäuser Bauarbeiter mißglückt war. Einzelnen mußten sie von ihnen gebrochener Tarifvertrag unterschreiben wieder anerkennen. Korporativ kann man nämlich mit solchen Unternehmern keinen Vertrag mehr abschließen. — Am 21. November nahmen dann die Kollegen von Mühlhausen die Arbeit wieder auf. Ihre volle Einigkeit hatte zum vollen Erfolg geführt. R.W.D.-Schmiedemeister waren nicht vorhanden und die kommunifische Presse, die sonst in Mühlhausen die Fäulnis heizt, hatte mehrheitlich die Meinung vom Mühlhäuser Bauarbeiter nicht verstanden. — In Gotha mußte der gleiche Kampf geführt werden. Auch hier verließen die Unternehmer, den Tariflohn von 78 auf 60 3 herabzubringen. Auch diese Unternehmer flüchten auf entscheidenden Widerstand. Wenn es uns auch schwer fiel, die radikalen „Immerkämpfer“ vom Bau herunterzubolen, so mußten sie dennoch unsern Druck nachgeben. Das Unternehmerium in Gotha, bisher das radikalste im Thüringer Ländchen, hatte einen solchen Widerstand gar nicht erwartet. Es glaubte, durch das Treiben der R.W.D. gäbe es keinen Baugewerksbund mehr in Gotha. Aber dann entdedte Herr Eicher, ein Mann, der überall Postbauten ausführt, daß er auch in Erfurt einmal Mitglied des Unternehmerverbandes gewesen sei und in dessen Mitgliedertafeln geführt werde; er erwirkte eine einseitige Verfügung gegen unsern Bezirksleiter, wonach er sich aller Maßnahmen bei dem Streik in Betriebe Eichers zu enthalten habe. Aber der Wuff nicht; nach zwei Wochen Kampf mußten auch die Gothaer Bauunternehmer den vertraglichen Zustand wieder anerkennen. Die Rechnung, nach dem Austritt aus dem Thüringer Bezirks-Arbeitsgeberverband nimmte er der Lohnfestsetzung nach Belieben schalten und walten zu können, war falsch. — An diesem Abwehrkampf war auch die R.W.D. mit ganzer vier Mann beteiligt. Zur Unterfertigung dieses Quartetts bettelten sie die Gothaer Geschäftsleute um finanzielle Unterstützung an. Jedenfalls verlangte die Leitung der R.W.D. dies als Entgelt für ihren Kampf gegen den Konjumverein in Gotha zugunsten des Kleinhandels. Aber die Gothaer Geschäftsleute erwiehen sich nicht dankbar; nur ganze 5 Mark konnten einmal vorbehaltenen Familienmitgliedern der R.W.D. durch die Geschäftsstelle des kommunifischen Blattes überandt werden, was mit einem kräftigen Fluch quittiert wurde. So lehren die Kämpfe in Mühlhausen und Gotha, daß alle Ursache haben, auf dem Posten zu sein. Dies gilt besonders auch für Jena und Weimar, wo das Unternehmerium nur auf den günstigen Augenblick wartet, ebenfalls einen Lohnabbau zu versuchen; denn zu diesem Zweck sind sie aus dem Bezirks-

Arbeitgeberverband ausgeschieden. In Mählhausen und Cocha konnten wir die Herrschaften in ihre Schranken zurückweisen. Das wird uns überall gelingen, wenn die Kollegen auf dem Posten sind und treu zu ihrer Organisation stehen!

Aus den Baugewerkschaften

Königsberg i. Pr. (Was scheinheilige Unternehmervände lieft, so bemerkt man darin sehr bald die Unwahrhaftigkeit in Theorie und Praxis. So führen sie einen lebhaften Kampf gegen den unläuteren Wettbewerb. Unternehmern, die außerhalb der Dreifünfte stehen, kommen oft in Verlegenung, an die äußerste Grenze der Kalkulation zu gehen oder sie gar zu unterzeichnen. Die logische Folge ist dann untertarifliche Entlohnung. Nun sind ja die Unternehmer nicht etwa aus Menschensfreundlichkeit dafür, daß solche unartigen Unternehmer zur Tarifreue erzogen werden. Nur die Schundkonkurrenz ärgert sie. Unter Tarif möchten auch sie gern arbeiten lassen. Beweis dafür ist der Unternehmerindiskus Dr. G. a. d., der unzählige Termine vor den Arbeitsgerichten beugt, um das Gebahren tariffreier Unternehmer zu stützen. Vielfach verteidigte er sogar die untertarifliche Entlohnung, ohne irgendwie diesen Standpunkt begründen zu können. Ihm ist auch ganz eindeutig von Gerichten wegen für sein Verhalten die Unmoral befähigt worden. Aber er bleibt „unentwegt“ seiner großen Aufgabe treu. Besonders Objekte seiner „Betreuer“ sind die Unternehmer Feibusch, Krauskopf und Verband. Jedenfalls sind die Bestrebungen des Dr. G. a. d., die untertarifliche Entlohnung zu stützen, eklatante Beispiele für bereit unwarhaftige Verdrehungskünfte!

Müllich. (Jubilarehrung.) Am 12. November ehrten wir in einer schönen aber schlichten Feier wiederum sieben Jubilare, die der Organisation funfzigjährigen Jahre lang die Treue bewahrt haben. Kollege Tscherschorke erinnerte an das Gründungsjahr 1897. Damals konnten wir noch nicht einmal einen Versammlungsraum bekommen,

sondern mußten im Walde oder auf einem Hofe unsere Versammlungen abhalten. Trotzdem wurden es immer mehr Mitglieder. Über der Krieg entfiel uns 25 % von ihnen. Waren es vor zwei Jahren in der Hochkonjunktur 500, so sind es heute noch immer 400 Mitglieder, die dem Bunde treu blieben. Mit einem besonderen Appell an die Jugend, sich ein Beispiel an den Jubilaren zu nehmen, schloß der Redner seine Ansprache mit dem Dichterwort: Nicht befehlen, nicht bitten, nur mutig gestreift, nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht!

Mützberg. Zu unserer Mitteilung in Nr. 48 des „Grundstein“ über die Stundenlöhne an der Staufstufe Erlabrunn ist richtigzustellen, daß der Lohn für Maurer über 20 Jahre 70, für Bauhilfsarbeiter über 20 Jahre 58, für Tiefbauarbeiter über 20 Jahre 53 1/2 beträgt. Diese Löhne wurden vom Reichsarbeitsministerium am 17. Oktober dem Landesarbeitsamt und von diesem am 19. Oktober dem Neubauamt der Rhein-Main-Donau A.-G. vorgegeben.

Aus den Fachgruppen

Lötter und Fliesenleger. Berlin. Der Löttermeister Witt in Oberschneweide, Wilhelmshofstr. 5, fordert unter andern von den bei ihm beschäftigten Fliesenlegern, ein Kochherd 3x5 1/2 mit Dreifach-Wandbekleidung für nur 14 Stunden Arbeitslohn kosten. Das wären 17,92 M. Dagegen kostet dieser Herd nach Akkordtarif rund 37 M. Arbeitslohn. Um ihr Pensum zu schaffen, haben einzelne in dieser Firma beschäftigte Lötter sogar am Sonntag gearbeitet. Die Firma ist ein ausgeprägter Syndikalistenbetrieb. Gelsen wird einem im Baugewerksbund organisierten Fliesenleger die Ehre zuteil, dort zu arbeiten. Zu den Stammesgenossen der Firma gehören ein A.D.M.-Mann und ein Nazi. Der Nazi ist erst im vorigen Jahre nach Berlin gekommen. Omerkschaftliche Solidarität kennt er nicht, dafür hat er sich aber bereits sieben Kinder zugelegt. Das NSDAP.

Programm wird also von ihm durchgeführt. — Die Firma Witt ist ein alter Schilling im Ofenfelegewerbe. Sie hatte bereits im Jahre 1913 eine Streikbedrohkolonne zusammengestellt, der sie 25 bis 30 % unter Tarif zahlte. Wenn Witt kein Geld erhielt, dann bekamen auch die Lötter nichts. Dann wurden Rüstungen hinter die Ofen geschoben und die Ofen umgeschmitten. Witt ist auch, um als Hyäne auf dem Arbeitsmarkt richtig funktionieren zu können, aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Da auch schon Kollegen aus Luckenwalde und Lübbenau bei dieser Firma gearbeitet haben, seien alle Kollegen auf die glänzvolle Firma ganz besonders aufmerksam gemacht!

Vom Bau

Rhein. (Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission.) Auch in diesem Jahre wurde von uns zwischen dem 8. und 11. November eine Baustellenkontrolle vorgenommen. Davon wurden erfasst 90 Arbeitsstellen mit 800 Beschäftigten. Bei 20 dieser Arbeitsstellen war kein Unterbaustaum und somit auch kein Ofen vorhanden. Der Verbaustaub fehlte in 13 Fällen. Die Aborte waren in einem Zustand, der an die Zeiten von vor dreißig Jahren erinnert; Mächer und Erde sind nur noch Kurzarbeiten. Auch die Aufengerüste lassen zu wünschen übrig. Teilweise fehlen die Verklebungen, die Rücklehnen, der Kopf- und Endschuß, die Krangen oder Eisenklammern. Bei Arbeitsgeräten aus Boden stellen wir verschiedentlich das Fehlen des Mittelbocks fest, was schon oft zum Verhängnis für die auf dem Gerüst Beschäftigten geführt hat. In Bauten, die der Vollendung entgegengehen, fehlt auch oft der provisorische Treppenschuß. Bei den Innenarbeiten mangelt es an der nötigen Verplattung. Der Unfallschutz im Dachdeckergerbe wird, obwohl im letzten Jahrzehnt kein Jahr vorüberging ohne ein halbes Duzend tödlicher und eine große Anzahl schwerer und leichterer Unfälle, ebenfalls nicht genügend beachtet. Diese Arbeitsstellen werden meist ohne jeglichen Schutz angetroffen. Wir fordern deshalb alle zuständigen Behörden auf, im Interesse der Bauarbeiter zugehörig zu sein.

Unterhaltung und Wissen

Schwarzfahrt durch die Wüste.

Ich befand mich gerade im südlichen Teil Kaliforniens und war abgebrannt bis auf die Fußklappen. Jedoch wollte ich so schnell wie möglich nach dem Oten. Da ich kein Geld hatte, verließ ich durch eine Schwarzfahrt nach dort zu kommen. Ich bestieg in der Nähe von Los Angeles einen Frachzug der Süd-Pazifik-Bahn und verpackte mich im leeren Eisbehälter eines Frachtwagens. Nachdem ich die Nacht über gefahren war, öffnete ich bei Tagesanbruch die auf dem Dache meines Verstecks befindliche Klappe, um mich einmal in der Gegend umzusehen. Das war verkehrt, denn sofort sah mich ein Beamter, der zufällig über die auf den Wagendächern angebrachten Laufbretter ging. Er verlangte von mir für die Schwarzfahrt eine Entschädigung. Ich versicherte ihm, daß ich nichts hätte, und da ich infolge der vorher ausgefallenen Strapazen sehr elend ausah, ließ er mich in Ruhe.

Nach einiger Zeit hielt der Zug an einem durch unterirdische Läufe des Colorado-Flusses gebildeten See. Ich benötigte die Gelegenheit und stieg ab. Mit dem schmutzigen Flüsswasser kochte ich mir Hüllentrübsche, die ich bei mir hatte, und verzehrte sie mit Appetit.

Dann setzte ich meine Reise zu Fuß fort. Trotz der winterlichen Jahreszeit herrschte am Tage große Hitze. Trinkwasser war nirgends zu finden. Über an jedem Frachzug befand sich ein Tank mit Trinkwasser. Dieses Wasser wurde in neun Meilen voneinander entfernte Zementbehälter eingelassen und diente zur Verforgung der Streckenarbeiter. Jedoch waren die Behälter unter festem Verschluss und außer den Arbeitern niemandem zugänglich.

Ich war dem Versuchmann nahe und schnitt Kakteen, die in dieser Gegend massenhaft vorhanden sind oft von gepulverten Größe sind, an, um den ganz absehblich schmeckenden, milchähnlichen Saft dieser Riesenspalmen zu schlürfen. Ob es von diesem Saft kam oder ob es der Durst machte, jedenfalls war mein Gaumen bald so stark angefeuchtet, daß ich nicht mehr sprechen konnte.

Nach tagelanger Wanderung durch die trostlose Einöde, wo kein Tropfen Regen zur Erde fällt und kein Drashalm wächst, kam ich nach einer mexikanischen Ansiedlung mit Bahnstation. Nachdem ich mich dort etwas erholt hatte, besaß ich mit einem Irlander, den ich im Orte getroffen, einen zur Abfahrt bereitstehenden Frachzug. Wieder einmal fuhr ich „schwarz“.

Wir hatten uns in einen leeren Güterwagen gesetzt. Jedoch schien man uns bemerkt zu haben, denn bald nach Abfahrt des Zuges rief uns jemand vom Dache unseres Wagens aus an. Da wir nicht antworteten, schwang sich der Mann von oben herab zu uns in den Wagen. Er hielt uns die Duffele vor und forderte uns auf, die Hände hochzuheben. Diesem Befehl kamen wir nach. Er durchsuchte uns, fand nichts vor, verlangte jedoch, wir sollten während der schnellen Fahrt aussteigen. Als sich dann der Kerl mit meinem Begleiter beschäftigte, umfingte ich ihn blücheln von hinten und hielt ihn fest, so daß er von seiner Waffe keinen Gebrauch machen konnte. Dann war es ein leichtes, den Mann zu überwinden und ihm die Waffe abzunehmen.

Als sich dann der Zug der nächsten Wasserstelle näherte und langsam fuhr, sprangen wir ab. Allerdinge waren wir gewarnt, nun wieder unsere sogleichliche Fußwanderung aufzunehmen. Unsere Nahrung bestand nur noch aus Ährenabfällen, die die Kühe aus dem Speisewagen der durchfahrenden Erpreßzüge hinauswarfen.

Nach tagelanger Wanderung haben wir weißab von der Wahnstrecke eine Rinderherde. Wir gingen darauf zu und entdeckten zu unserer größten Freude eine Dase. Nirgends war ein menschliches Wesen zu entdecken. Das einzige vorhandene Haus war unverschlossen. Allerlei Lebensmittel lagen umher. In unserem halb verhungerten Zustande stopften wir von diesen Lebensmitteln in uns hinein, bis wir



Als er in Reichweite war, feuerte der Irlander auf ihn ... wir nur konnten. Mein Begleiter steckte sich außerdem — obwohl ich Einpruch erhob — noch alle Taschen voll. Dann esserten wir uns eiligst. Nach einiger Zeit hörten wir hinter uns Schritte, ein Mann winkte uns zurück. Dem kamen wir selbstverständlich nicht nach. Aber dafür nahm er uns nunmehr aufs Korn, so daß uns die Augen um die Ohren piffen. Zum Glück konnten wir hinter großen Steinen sofort Deckung finden. Aber unser Verfolger hielt uns jedenfalls für unbewaffnet, er kam ungedeckt in unsere Nähe. Als er in Reichweite war, feuerte der Irlander auf ihn mit der dem Eisenbahner abgenommenen Pistole. Er schien auch getroffen zu haben, denn unser Verfolger hinkte eiligst davon. Wir wurden nicht mehr bedrängt. Am Abend des gleichen Tages erreichten wir dann wieder eine Wasserstelle. Die Streckenarbeiter — es waren

Bedenkliches Lob ...

Um Grabe steht die trauernde Gemeinde. Sie will den Toten ganz besonders ehren und ruft ihm nach: „Er hatte keine Feinde!“ Er hört's nicht mehr. Sonst sollte er sich wehren.

Denn solches Lob muß zweifelhaft erscheinen für jeden, der als ganzer Kerl will stehen. Wer nicht erst fragt, was all die andern meinen, den pflegt die Hölle weiß schon anzusehen.

Ist er nun etwa gar noch so verzegen, sein Handeln auch als richtig zu beweisen, stammelt sich der Stumpfsinn ihm voll hat entgegen — Freund wird er von den wenigsten geheißt!

Drum hat ich stets mit großem Mißbehagen dies phrasenhafte Wort gehört und auch gelesen. Ich meine, wer in seines Daseins Tagen nie Feinde hatte, ist ein Clown gewesen!

Salzblutindianer — gaben uns bereitwillig Wasser ab, so daß wir abkochen konnten. Aber nach der Mahlzeit erkrankte ich schwer an Vergiftungserscheinungen. Die Salzblutindianer befehen die ganze Nacht für mein Leben, sie fürchteten, ich würde sterben. Mein Zustand besserte sich, sie verpflegten mich, und nach zwei Tagen konnte ich die gasliche Lehmhülle wieder verlassen. Meine Vergiftung resultierte daher, daß ich in meiner Rodachtge gemahnen Kaffee aufbewahrt hatte, der mit Tabakblättern vermischt war; dieses Zeug war gekocht und getrunken worden. Mein Körper war so ausgemergelt, daß ich dieses Getränk nicht ungefährlich trinken konnte ...

Inzwischen hatte mich mein Begleiter verlassen. Ich bin dann allein weitergemwandert. Diesmal hatte ich Glück. Am nächsten Tage nahm mich an einer Wasserstelle ein Lokomotivheizer mit auf seine Maschine. Als Gegenleistung für die freie Fahrt mußte ich ihm die Kohlen zuführen. Auf diese Weise kam ich an die Grenze Neu-Mexikos. Sullus Grosseit, Garmisch.

Der Federhalter.

Der Federhalter ist jetzt 100 Jahre alt. Vorher schrieb man mit dem Gänsekiel. Aber im Jahre 1830 hat ein findiger Kopf die Stahlfeder erfunden.

Doch was sollte die Feder ohne das Instrument, das die Feder hielt? Es ist kaum zu fassen, aber es dauerte zwei Jahre, bis zu der Stahlfeder auch der Federhalter erfunden wurde.

Der Mensch von damals hatte noch nicht das bewegliche technische Hirn des Menschen von heute. Die Maschine war erst im Werden, das Hirn war noch nicht auf das technische Schöpferium eingestellt.

Seute überfüllten sich die Erfindungen und zwar auf viel größerem Gebiete. Würde heute die Stahlfeder erfunden, dann wäre auch sofort der Halter da. Der Mensch von heute hat eine großartigere geistige Beweglichkeit, die ihn befähigt, geistige Ideen schnell zu erfassen und Träger einer neuen Zeit zu sein.

Jedoch etwas gemißt war man auch schon damals. Was sollte denn nun nach der Erfindung des Federhalters mit dem Gänsekiel werden? Viele Arbeiter und Unternehmer waren wirtschaftlich von der Fabrikation des Gänsekiels abhängig gewesen. Da erkand man scheinung den Zahnstocher und reinigte sich mit dem Gänsekiel die Zähne ...

Das vermeintliche Sparkassenbuch.

Kauft da in irgendeiner verlorenen Ecke Mecklenburgs ein Mann namens Ernst Köhke, der sich als Angehöriger des edlen Maurergewerbes zu erkennen gibt. Er ist der Meinung, nunmehr in seinem stillen Herrgottswinkel den Baugewerksbund nicht mehr zu brauchen, und deshalb setzte er sich eines schönen Tages auf den Hofboden und schrieb an die Baugewerkschaft Hamburg eine Postkarte folgenden Inhalts:

„Werte Kollegen — bin Maurer von Beruf, wohnte früher in Hamburg in der Dunkelmannstraße. — Habe noch mein Mitgliedsbuch, Buchnummer 833 156, bin hier beste verehrtet und komme niemals wieder nach dort, möchte gern meinen Buch verkaufen es sind für 200 M. Marken bin zweihundertmark gute Marken denn. liegt die möglichkeit, daß ich meinen Buch dort verkaufen kann in Hamburg. — Bitte hoch Nachrich geben.“

Ernst Köhke hat demnach in seiner Herzenseinfalt sein Mitgliedsbuch für ein Sparkassenbuch gehalten, aus dem man — wenn man die Organisations nicht mehr braucht — die Marken herauslösen und zum Einkaufspreise wieder verschärken kann. Leider hat die Baugewerkschaft Hamburg dieses kulante Anerbieten — kulant deshalb, weil Köhke nicht einmal Zinsen verlangte — in schöner Verkennung dieses aufrichtigen „Hilfsgebens“ abgelehnt, sie war sogar so unhöflich, das Schreiben dieses ehrlichen Marklers unbeantwortet zu lassen. Nunmehr ist Ernst Köhke in seinem stillen Winkel im Lande des Ochsenkopfs und denkt jedenfalls noch über die Vergänglichkeit alles Irdischen. So etwas läßt eben im „Jahrbuch der Aufklärung“ auch noch in Deutschland herum!

Mag Dollmann.

